

Das mangelnde Demokratieverständnis der Mehrheitsfraktionen

Der Bürger hat im März eine neue Kommunalvertretung gewählt. Die SPD befindet sich seitdem in der Opposition und muss feststellen, dass Maßstäbe, die im Umgang mit den anderen Parteien und Wählergemeinschaften in den vergangenen Jahren galten, jetzt nicht mehr gelten.

Es begann mit der Aussperrung der Öffentlichkeit im Bau- und Verkehrsausschuss, als die Themen „Cafe Bowy“ bzw. „Neubau eines Alten- und Pflegeheimes“ zu behandeln waren. In der Folgesitzung wurde dann zwar die Öffentlichkeit zugelassen, aber die Fraktionen von CDU und BfB klinkten sich aus der Diskussion mit BürgerInnen aus unter der Überschrift „Wir haben die Mehrheit“.

Den Höhepunkt erreicht das Ganze im letzten Hauptausschuss am 15.09.03, als die SPD-Fraktion beantragte, das wichtige Thema „BQG“-Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft“ auf die Tagesordnung zu nehmen, weil die CDU-Mehrheit im Kreistag die Gesellschaft im Oktober auflösen möchte. Der Hauptausschuss ist das städtische Organ, dem dies Thema gesetzlich zugewiesen ist.

Da die Stadt Uetersen Gesellschafterin der BQG ist und auch vertragliche Vereinbarung/Auftragsvergaben seitens der Stadt bestehen, waren wir der Mei-

nung, das Thema müsste mit dem Ergebnis einer Weisung an den Bürgermeister behandelt werden.

Aber die Mehrheitsfraktionen lehnten es ab, dieses Thema auf die Tagesordnung zu nehmen, weil sie angeblich nicht informiert wären bzw. das Thema auch bei der nächsten Sitzung behandelt werden könne. Hier geht es um Arbeitsplätze und die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, die über die BQG eine Möglichkeit bekamen, wieder am Arbeitsleben teilzuhaben.

(Fortsetzung S. 2)

Verrohung der Sitten oder kalte Berechnung?

Jede Gesellschaft ist auf das Mitwirken und die Einflussnahme ihrer älteren Mitglieder angewiesen, allein schon deshalb, um immer wieder und stets von neuem mit den spezifischen Fragen und Rechten des Alters konfrontiert zu werden.

Sich mit dem Älterwerden und dem Alter auseinander zu setzen, ruft beim Einzelnen der Gesellschaft oftmals noch immer das Bild vom passiven, hilflosen oder chronisch kranken Menschen hervor.

Dieses Bild wird täglich durch die vielfältigen Aktivitäten und Erfahrungen von und mit älteren Menschen widerlegt.

(Fortsetzung S. 3)

Das mangelnde Demokratieverständnis der Mehrheitsfraktionen

(Fortsetzung von S. 1)

Gleichzeitig werden CDU und BfB aber den Mitglieder der Stadt Uetersen im Schulzweckverband für die Gesamtschule Tornesch-Uetersen in der Ratsversammlung eine Weisung erteilen, und zwar in der Ratsversammlung am 29.09.2003. Dazu ist man in der Lage !

Thema: Gesamtschule

*Wir sind nicht **gegen** die Gesamtschule, wir können sie uns nicht mehr leisten.* So war es von den Mehrheitsfraktionen CDU und BfB zu hören. Deshalb wurde die Kündigung des Schulzweckverbandes beschlossen.

Stimmt das wirklich? Oder wird mit dieser Argumentation nicht abgelenkt vom **tatsächlichen** Willen der Bürgerlichen in Uetersen – sie sind **gegen** die Gesamtschule, die inzwischen anerkannte Regelschule ist und das Angebot der Schullandschaft bereichert, auch bei uns in der Region.

Dabei hätten sich die Bürgerlichen in Uetersen ein Beispiel an der CDU in Tornesch nehmen können. Auch die Tornescher CDU hat mit allen Mitteln gegen die Gesamtschule gekämpft – durchaus legitim. Als das von ihr initiierte Bürgerbegehren jedoch gerichtlich gekippt wurde, da haben sich die Tornescher Christdemokraten auf den Boden der Tatsachen



gestellt und den von der Gemeindevertretung gebilligten Vertrag im Vorfeld der Kommunalwahl im Frühjahr diesen Jahres nicht in Frage gestellt.

Anders in Uetersen: *Wir sind nicht **gegen** die Gesamtschule, wir können sie uns nicht mehr leisten.* Das waren die neuen Töne, die in Uetersen zu hören waren. Ist diese Argumentation nicht scheinheilig?

- Erstens ist Bildung nicht zum Nulltarif zu haben. Da Uetersen selbst kein Gymnasium vorhält, sind immer Schulkostenbeiträge fällig, wenn Uetersener Schüler solch eine Schule besuchen. Darauf hat die Ratsversammlung keinen Einfluß, weil der Elternwille über den Schulbesuch entscheidet.
- Zweitens geht es um den Umgang mit geschlossenen Verträgen und um den Umgang mit dem Vertragspartner. Dass man Verträge ändern möchte, um eine Verbesserung zu erreichen, ist nachvollziehbar. Wie wird sich jedoch der Vertragspartner verhalten, wenn dieses einseitige Begehren über das Instrument der Kündigung versucht wird? Wer wird künftig mit Uetersen noch Verträge abschließen wollen, wenn zu befürchten ist, dass Uetersen bei nächstbestener Gelegenheit die Zusammenarbeit aufkündigt!?
- Drittens wurde in der letzten Legislaturperiode auf verschiedenen Ebenen versucht, verstärkte Zusammenarbeit und ganzheitliches Denken in der Region zu fördern. Stichworte sind die Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse (LSE) oder die gemeinsame Suchtberatung. Eine zukunftsweisende Einrichtung für unsere Region wird von der neuen Mehrheit in der Uetersener Ratsversammlung

lung in Frage gestellt. Ganzheitliches Denken in der Region!?

- Viertens ist das Geldargument ein Totschlagargument. Wann ist schon genug Geld vorhanden!? Und ganz schlimm wird es, wenn es heißt, unser Geld solle nicht nach Tornesch gehen! Die Gesamtschule Tornesch-Uetersen ist **keine** Tornescher Schule, sondern eine gemeinsame Einrichtung der Gemeinde Tornesch und der Stadt Uetersen. Also ist sie auch **unsere** Schule.

Die Kündigung betrifft **unsere** Schüler – die nächste Generation, die in Uetersen heranwächst. Ist es nicht Verpflichtung genug, alles erdenklich Mögliche für **unsere** Kinder zu unternehmen, um die Zukunftschancen der nachfolgenden Generation zu wahren? Die neue Mehrheit in der Ratsversammlung ficht jedoch noch das Gefecht von vorgestern.

Wer kann sich heute noch in Uetersen darüber freuen, dass die Sozialdemokraten die Kommunalwahl verloren haben?

Verrohung der Sitten oder kalte Berechnung?

(Fortsetzung von S. 1)

Ein solches Grundverständnis vom Alter und von eigenverantwortlich mitgestalteten „Alten“ widerspricht dem wohl immer noch in einigen Köpfen verbreiteten bisherigen Rollenklischee.

Wie könnte es sonst sein, dass ausgerechnet auch noch im „Sommerloch“, ein junger Unionierter in flegelhafter Diktion widerliches Gedankengut absondert; in dreister Manier den älteren Patienten künstliche Hüftgelenke verweigern will, weil sie früher auch mit Krücken gelaufen sind und auch die

Gebiß-Prothesen für die ältere Generation aus dem Leistungskatalog streichen will.

Wenn ein Theologie-Professor in ähnlicher Weise Ansichten vertritt, dass es **gerecht** sei, bestimmte medizinische Leistungen ab einer bestimmten Altersgrenze nicht mehr vorzusehen, dann ist es zur absoluten Menschenverachtung nicht mehr weit.

Solche Absonderlichkeiten haben mit einer seriösen Diskussion zur gerechten Verteilung der Lasten in einem zukünftigen Sozial- und Gesundheitssystem nichts zu tun.

Eine Sozialdemokratische Partei, deren Basis von dem Solidargedanken geprägt ist und immer um Gerechtigkeit ringt, wird sich diesem „Profilierungs-Getöse“ mit allen zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen:

Menschen passen nicht in eine Kosten-Nutzen-Rechnung!

Es gilt, die bestehenden Systeme den veränderten Umständen anzupassen. Dazu bedarf es Sachkenntnis und Beharrlichkeit; inhaltsloser Geltungsdrang und den noch laut und schrill geäußert, haben keine Berechtigung, ernst genommen zu werden.

(K)eine Hauptamtliche Volkshochschule in Uetersen – oder: Kinder und Jugendliche unerwünscht!

Mit der Mehrheit von SPD und GAL beschloss die alte Ratsversammlung eine Hauptamtliche Volkshochschule (VHS) für Uetersen.

Dieser Beschluss war zukunftsweisend und entsprach den Bedürfnissen der Uetersener Bürgerinnen und Bürger nach

Bildung und einer sinnvollen und kreativen Freizeitgestaltung. Ein breites professionelles Angebot wurde von der neuen Hauptamtlichen Leiterin erstellt. Es wurden neue interessante Kurse und Lehrgänge angeboten.

Vielfalt statt Eintönigkeit.

Kurse, welche die Kreativität und das Lernen fördern, sowie neue Angebote, die im Trend liegen. Einige Lehrgänge sind auch berufsqualifizierend und als Weiterbildung anerkannt.

Doch die CDU und die BfB wollen „**Zurück Rudern**“. Neue Kurse mit interessanten Themen und Inhalten wurden nach dem Motto: „**Keine Experimente**“ (Wortlaut – CDU-Ratsherr Seifert) von CDU und BfB abgelehnt.

Zusätzlich haben die „Bürgerlichen“ mit ihrer Mehrheit beschlossen die Hauptamtlichkeit der VHS wieder abzuschaffen. Ohne zu wissen wer in Zukunft die Bildungseinrichtung dann ehrenamtlich leiten wird, haben die Vertreter von CDU und BfB durchgesetzt, dass der Vertrag mit der Leiterin der Volkshochschule auslaufen wird. Eine Verlängerung ist nicht vorgesehen.

Doch die Krönung ist ein weiterer Beschluss, der als kinder- und jugendfeindlich zu bezeichnen ist:

„In Zukunft sollen die an der VHS-Uetersen stattfindenden Kurse und Lehrgänge grundsätzlich nur noch für Erwachsene angeboten werden“.

Frei nach dem Motto:

„Kinder und Jugendliche unerwünscht – Ihre VHS-Uetersen!“

Ein Skandal, oder?

RotFux rumort:

Alles „Schwalm und Rauch“?

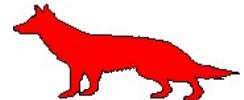
Als die damalige „SPD/GAL-Koalition“ im Uetersener Rathaus die Steuern erhöhen musste, um nicht Zuschüsse des Landes und des Kreises zu verlieren, erklärte Frau Schwalm, dass im Falle eines Wahlsieges des „Bürgerlichen Lagers“ die Steuern wieder gesenkt würden. Dies nahm die Uetersener Geschäftswelt wohlwollend zur Kenntnis. Auch die Vertreter der Uetersener Industriebetriebe freuten sich über die Zusage der CDU. Wahlkampfhilfe in Form eines CDU-Wahl-Cafés wurde auch prompt geleistet.

Eine Investition, die sich auszahlen sollte, oder nicht? Als jedoch nach dem großen Wahlerfolg die CDU auf ihre Zusage angesprochen wurde, kam ein „spätes Erwachen“.

Ganz im Gegenteil: es müssen weiter die Hebesätze erhöht werden, um überhaupt die Landes- und Kreiszuschüsse im vollem Maße zu erhalten. Als Landespolitikerin hätte das Frau Schwalm wissen müssen!

Fazit: „Alles Schwalm und Rauch“.

**Bis bald
Euer RotFux!**



Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Uetersen, Tel. 7935, www.spd-uetersen.de

ViSdP: Redaktionsteam: Jan Baumann, Kay-Uwe Dohrn, Ingo Struve, Max Taube, Norbert Vahl + Erhard Vogt

Auflage: 7.500

Druck: Fa. Brunsdruck